

Tauziehen um die 45-Stunden-Woche

Nur für die Schwerindustrie – SED bricht ihr Versprechen

Der Beginn des Jahres 1957 sollte der Zonenbevölkerung eine Reihe sozialer und wirtschaftlicher Erleichterungen bringen, die man in der SED-Presse nur noch ungern erwähnt. Zu den Dingen, die ursprünglich bereits am 1. Januar in Kraft treten sollten, gehörte jedoch neben der Aufhebung der Rationierung die Einführung der 45-Stunden-Woche für die gesamte „volkseigene“ Industrie. Während des laufenden Fünf-Jahresplans, also bis 1960, sollte dann die 40-Stunden-Woche für die Staatsbetriebe angestrebt werden. Jetzt, auf der letzten „Volkskammer“-Sitzung, ist ein „Gesetz über die Verkürzung der Arbeitszeit“ beschlossen worden. Sehen wir uns einmal an, was es mit diesem Gesetz und dem ihm vorangegangenen SED-Versprechen auf sich hat.

Das Gesetz sieht die Einführung der 45-Stunden-Woche ab 1. März 1957 in den Staatsbetrieben des Schwermaschinenbaus, des Bergbaus, des Hüttenwesens, in den Stahl- und Walzwerken, den Reichsbahnausbesserungswerken und den Betrieben der Grundstoffchemie vor. Ab 1. April 1957 darf dann die übrige Industrie darangehen, „schrittweise nach entsprechender Vorbereitung und Auswertung der gesammelten Erfahrungen“ Maßnahmen zur Einführung der 45-Stunden-Woche zu ergreifen.

Aber dieses Gesetz hat noch einen anderen Pferdefuß: Die Verkürzung der Arbeitszeit in den nicht privilegierten Staatsbetrieben wird nach dieser „Vorbereitung“ erst einmal „eine Angelegenheit der Leiter der zuständigen zentralen Organe der staatlichen Verwaltung“ sein und kann nicht individuell für einzelne Betriebe, sondern jeweils nur für einen ganzen Industriezweig eingeführt werden! Weiter: Die Erfüllung der Produktionspläne muß trotz verkürzter Arbeitszeit — notfalls durch Normenerhöhungen — voll gesichert werden! Und: Die Verkürzung der Arbeitszeit darf nur ohne Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte erfolgen. . .

Was heißt das? Erstens einmal kommen bis auf weiteres nur die ohnehin bevorzugten

Betriebe der Schwer- und Grundstoffindustrie in den Genuß der allen Arbeitern für Anfang 1957 versprochenen 45-Stunden-Woche. Die dem Gesetz vorangegangenen Beratungen gipfelten in der Erkenntnis, man müsse erst die Erfahrungen in diesen Schwerpunktbetrieben auswerten, ehe an eine Übernahme des Gesetzes für die übrige Industrie zu denken sei.

Zweitens: Wenn das Gesetz auch hier nicht in individueller Auslegung auf einzelne Betriebe anwendbar ist, sondern nur für einen ganzen Industriezweig beschlossen werden kann, dürfte es beim gegenwärtigen Stand der Planerfüllung weitgehend illusorisch sein. Gerade in der Leichtindustrie ist die Planerfüllung auf Grund der unzureichenden Materialversorgung derart zurückgegangen, daß es faktisch unmöglich wäre, einen ganzen Industriezweig für die 45-Stunden-Woche unter einen Hut zu bekommen. Die Frage der Planerfüllung ist aber hier nicht eine Sache der Normenerhöhung, sondern sie steht in unlösbarem Zusammenhang mit den stokkenden Material- und Kohleimporten! Sollen nun die Arbeiter einerseits die verplante Außenhandelspolitik der SED und andererseits die ihnen versprochene 45-Stunden-Woche durch neue Normenerhöhungen bezahlen? Das wäre eine teure

Rechnung und brächte den Arbeitern kaum Gewinn. . .

Automatisierung?

Die Frage der Arbeitszeitverkürzung ist eine Frage der Automatisierung und des reibungslosen Material-Zulaufes. Beides aber gibt es in den Zonenbetrieben nicht. Eine Industrie, die jede moderne Werkzeugmaschine exportieren muß und selbst an „alten Schlitten“ — wie es die Arbeiter nennen — produzieren läßt kann keine „Erhöhung der Arbeitsproduktivität“ aus der Luft erwarten! Wie also sollen die Arbeiter das Kunststück vollbringen, beim gegenwärtigen Stand der Produktion mit Einführung der 45-Stunden-Woche den Plan urplötzlich um etwa sieben Prozent höher zu erfüllen. Denn wenn die Arbeitszeitverkürzung unter den im Gesetz verankerten Voraussetzungen erfolgen soll, bedingt sie eine absolute Erhöhung der technischen Arbeitsnormen um sieben Prozent! Ohne Verbesserung der Materialbasis, ohne Modernisierung des Maschinenparks, ohne neue Produktionsmethoden.

Im vergangenen Wirtschaftsjahr ist es der SED nicht möglich gewesen, die Planerfüllung um fehlende zwei bis drei Prozent hochzutreiben. Jetzt soll dies mit dem Wink auf die 45-Stunden-Woche geschehen. Es ist bezeichnend, daß die SED von diesem Schachzug in den Betrieben der Schwerindustrie vorsorglich abgesehen hat. Hier geht jedes mißglückte Experiment gleich an die Substanz der Macht. Die Arbeiter der Leicht- und Konsumgüter-Industrie aber möchte die Partei für dumm verkaufen, mit dem honorigen „Geschenk“ einer als Köder hingehaltenen und mit Normenerhöhungen gekoppelten Arbeitszeitverkürzung“.

Soziale Gesundheit!

DT. Ob es der Wodka war, der die Zunge Chrustschows löste, oder ob er nüchternen Sinnes das Lob Stalins verkündete, das ist nebensächlich, Tatsache jedenfalls ist, daß der sowjetische Parteichef auf einem Empfang zu Ehren des chinesischen Ministerpräsidenten Tschu en-Lai ein fast feierliches Bekenntnis zu dem Manne ablegte, den er in seiner Rede auf dem XX. Parteitag der KPdSU am 25. Februar 1956 in Grund und Boden verdammt hatte. Jetzt nannte er ihn einen „vorbildlichen Kommunisten“ beim Kampf um die Interessen der Arbeiterklasse; die sowjetischen Kommunisten sähen ihren Stolz darin, dem Marxismus-Leninismus so treu ergeben zu sein wie Stalin. Für ihn, Chrustschow, gebe es keinen Unterschied zwischen dem Stalinismus und dem Kommunismus.

„Hierin lag die Tragödie“

Damals, in seiner mehrstündigen Rede, war das alles ganz anders. Da rechnete er dem toten Diktator seine Fehler, seine krankhafte Haltung, seine Abweichung von dem Marxismus-Leninismus, seine brutale Verletzung der „sozialistischen Gesetzlichkeit“, seine Fälschungen der Geschichte und sogar sein militärisches Versagen vor. Das einzige, was er zur Entschuldigung des schonungslos Verurteilten anführte, war dies: „Wir dürfen nicht sagen, daß dies Handlungen eines vom Schwindel befallenen Despoten gewesen seien. Nach seiner Ansicht lagen diese Handlungen im Interesse der Partei, der werktätigen Massen, der Sicherung der Errungenschaften der Revolution. Hierin lag die Tragödie!“ Nach Chrustschows damaliger Meinung war Stalin für den Kommunismus also eine Tragödie. Heute dagegen preist er die tragische Gestalt mit ihrer Schuld und ihren Fehlern als Vorbild des guten Kommunisten. Wenn das so weitergeht, dann werden wir bald hören, daß die Rede, in der Chrustschow die Verbrechen Stalins anzählte, überhaupt nicht gehalten, sondern von den

monopolkapitalistischen Imperialisten böswillig erfunden worden sei. Aus dem Widerspruch zwischen damals und heute kann man die Verwirrung ermessen, in die das koloniale Herrschaftssystem des Kreml hineingeraten ist. Es war die plötzlich verkündete Wahrheit, die das bewirkte. Sie wird bleiben. Ihre nachträgliche Leugnung wird vergehen.

Eine alte Drohung

Immer, wenn Chrustschow in Zorn oder in ausgelassene Fröhlichkeit gerät — Gefühle, die bei ihm dicht nebeneinander wohnen —, dann kündigt er den Untergang des „Kapitalismus“ an. Er sagte das ganz kategorisch: „Der Kapitalismus wird untergehen.“ Diese Prophezeiung ist billig in einer Welt, die von dem Gesetz des Werdens und Vergehens und der ewigen Wandlung beherrscht ist. Der „Kapitalismus“, an dem sich einst die soziale Feindschaft entzündete, deren faule Frucht der Kommunismus wurde, ist längst tot. Was an ihm schlecht und verderblich war, das hat in merkwürdiger Vererbung der kommunistische Staatskapitalismus übernommen und vergrößert. Das ist gerade der Grund dafür, daß er von allen abgelehnt wird, die Moskau mit ihm gewaltsam beglückte. Wenn die Sowjets das bestreiten, dann täuschen sie nicht mehr andere, sondern nur sich selbst. Sie spiegeln sich dann eine Welt vor, die es nicht gibt und, nie gab. Der 17. Juni 1953 in der Zone, Polen und Ungarn im Jahre 1956 — das sind die Stationen einer Entwicklung, die den wahren Zustand des sowjetischen Kolonialsystems enthüllte. Diese Entwicklung hört nicht deshalb auf, weil sowjetische Panzer ihr in den Weg getreten sind. Sie hat vielmehr den Untergang des kommunistischen Staatskapitalismus in den von ihm beherrschten fremden Ländern bereits vorgezeichnet.

Seiner Prophezeiung vom sicheren Untergang des Kapitalismus, und das heißt der nichtkommunistischen Ordnung überhaupt, fügte Chrustschow im Kreml die Drohung hinzu, daß die Sowjets selbstverständlich alles tun würden, um zu diesem Untergang beizutragen. Das ist eine echte stalinistische Illustration der sonst von Moskau so

gepriesenen friedlichen Koexistenz. Da Chrustschow unter „Kapitalismus“ jene wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung versteht, die in moderner sozialer Wandlung einen ständig wachsenden Lebensstandard vermittelt, kann uns diese Drohung nicht gleichgültig bleiben. Sie ist nämlich nicht die Ankündigung eines friedlichen Wettbewerbs mit der besseren Leistung, den wir nicht zu fürchten brauchen, sondern sie ist eine unfriedliche, eine feindselige Kampfansage, die wir wohl oder übel annehmen müssen. Wir müssen zu ihrer Verantwortung mit allen angemessenen Mitteln bereit sein. Das heißt, daß die nichtkommunistische Welt, der diese Kampfansage gilt, zur Verteidigung militärisch stark, politisch einig und sozial gesund sein muß.

Der soziale Staat

Hier ist das eine so wichtig wie das andere. Alle Anstrengungen aber bleiben vergebens, wenn den Völkern, die dieser Gemeinschaft angehören, die soziale Gesundheit fehlt. In der Bundesrepublik fand die große parlamentarische Debatte um die Rentenreform statt, die mit der Billigung dieses Gesetzes ihren Abschluß fand. Das ist eine große soziale Leistung, die allerdings längst notwendig und fällig war. Endlich wird nun die Lage derer verbessert, die infolge Alters oder Arbeitsunfähigkeit aus dem Arbeitsprozeß ausscheiden müssen. Nicht der schlechteste Maßstab für den sozialen Wert und Charakter eines Staates liegt in der Antwort auf die Frage, was er für die Alten tut. Das ist die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit, nach der Menschlichkeit, nach dem Gemeinschaftssinn und nach dem Respekt vor dem Leben, das nach jahrzehntelanger schwerer Arbeit zur Neige geht.

Die deutsche Antwort auf diese Frage klingt heute besser als sie es bisher war; das ist ein großer sozialer Fortschritt. Hier ist der Staat auch Schuldner aller derjenigen, deren private Sicherungen für das Alter in der Lebensspanne einer einzigen Generation durch die Folgen einer verderblichen Politik zweimal zerstört worden sind.

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichtskarte oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni

Berlin-Tempelhof 1

Fred-v.-Richthofen-Str. 2, II
Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

„Berlin ist deutsche Hauptstadt“

Antrag des gesamtdeutschen Bundestags-Ausschusses

Bonn (Eigenmeldung). Der Bundestag wird am 31. Januar wahrscheinlich einen Beschluß fassen, in dem festgestellt wird, daß Berlin die Hauptstadt Deutschlands ist, und die Bundesregierung um unverzügliche Vorbereitungen für die Verlegung von Bundesministerien nach Berlin gebeten wird. Ein entsprechender Beschluß ist auf Antrag der Oppositionsparteien SPD, FDP und BHE von dem Parlamentsausschuß für Gesamtdeutsche und Berliner Fragen bereit worden.

Die CDU/CSU-Fraktion hat zwar noch nicht über den Antrag beraten, man nimmt aber in politischen Kreisen an, daß sie dem Ausschußantrag nicht widersprechen wird, obwohl sie mit dem Inhalt nicht in allen Einzelheiten einverstanden sein dürfte.

Der Antrag des Ausschusses ist durch ein ungewöhnliches Verfahren zustande gekommen. Abweichend von der Geschäftsordnung des Parlaments ist der Antrag der Oppositionsparteien ohne Beratung im Bundestag sogleich zur weiteren Behandlung an den Gesamtdeutschen Ausschuß übergeben worden, der in kürzester Zeit seinen Beschluß faßte. Dabei ist der ur-

USA erneuern Hilfeangebot

„Für alle Völker, die frei sein wollen“

Washington (DPA/AP). Präsident Eisenhower hat sein Hilfeangebot an alle Nationen erneuert, „die frei sind oder frei werden wollen“. Die USA seien bereit, den vollen Preis für einen Frieden zu bezahlen, dessen Grundlage Gerechtigkeit und Recht ist. Die amerikanische Hilfe sei frei von Bedingungen. Niemals würden die USA die Souveränität eines Landes, dem sie gegen eine kommunistische Bedrohung helfen, kaufen oder anderen Ländern ihre Lebensweise aufzwingen. Die Achtung der USA vor den anderen Staaten erstreckte sich auch auf das russische Volk.

Der Präsident gab dieses Versprechen anlässlich seiner Verteidigung als 34. Präsident der Vereinigten Staaten auf den Stufen des Kapitols in Washington ab. Tausende von Amerikanern drängten sich vor dem Kapitoll, um Zeugen der Einführung Eisenhowers in seine zweite Amtsperiode zu werden.

Im Mittelpunkt der Rede des Präsidenten stand eine Auseinandersetzung mit dem internationalen Kommunismus und

mit den gegenwärtigen Umwälzungen in der Welt. Er ging in diesem Zusammenhang auch auf das deutsche Problem ein und sagte:

„Tragisches Geschick Deutschlands“

„Im Herzen Europas ist Deutschland noch immer tragisch gespalten. Der ganze europäische Kontinent, ja, die ganze Welt ist gespalten. Die spaltende Kraft ist der internationale Kommunismus und die Macht, die er kontrolliert.“ Ziel der kommunistischen Macht sei es, das Schicksal der von ihr Versklavten für immer zu besiegeln, das Band, das die freien Völker vereinige, zu zerreißen und die umwälzenden Kräfte der Welt, besonders die Bedürfnisse der Hungrigen und die Hoffnungen der Unterdrückten, für sich auszunutzen.

Die Welt des internationalen Kommunismus sei jedoch durch einen mächtigen und entschlossenen Gegner erschüttert worden: durch „die Bereitschaft der freiheitliebenden Menschen, für diese Liebe zu sterben“, fuhr der Präsident fort. Budapest sei heute nicht mehr nur der Name einer Stadt, sondern ein neues und glänzendes Symbol des menschlichen Freiheitswillens.

Dr. Döpfner Bischof von Berlin

Mit 43 Jahren jüngster katholischer Bischof Deutschlands

Vatikanstadt (KNA). Zum neuen Bischof von Berlin ernannte Papst Pius XII. den bisherigen Bischof von Würzburg, Dr. Julius Döpfner. Die Ernennung erfolgte in der üblichen Weise, nachdem alle Voraussetzungen des kirchlichen Rechts und des Konkordats erfüllt waren. Bischof Döpfner ist

als fünfter Bischof des im Jahre 1930 errichteten Bistums Berlin Nachfolger des am 21. August 1956 verstorbenen Bischofs Dr. Wilhelm Westkamm.

Dr. Julius Döpfner ist mit 43 Jahren der jüngste katholische Bischof Deutschlands. Er ist am 26. August 1913 in Hausen vor der Rhön geboren.

Die Entscheidung der Polen

DT. Die Polen haben keine freien Wahlen durchgeführt, wohl aber eine unmißverständliche Demonstration: für die Entwicklung ihres Landes unter Führung Gomulkas, der seit Oktober vorigen Jahres bei schwierigsten Bedingungen versucht, einen sowjet-unabhängigen Kurs zu steuern. Dafür haben sich die Polen entschieden, nicht aber für den Kommunismus in irgendeiner Form oder gar für seine Ideologie. Sie haben es getan unter dem Druck und der Drohung Moskaus, keinen nichtkommunistischen Sejm zu dulden — eine Drohung übrigens, die Moskau womöglich nach ungarischem Muster durchgeführt hätte, so daß Gomulka Warnung vor einer Streichung der kommunistischen Kandidaten vom Wahlzettel keine Propaganda für sich selbst gewesen ist, sondern sicherlich eine ehrliche Mahnung zum Wohl Polens.

Es darf festgestellt werden, daß die Polen ein erstaunliches Maß politischer Einsicht, Reife und überlegender Vernunft aufgebracht haben. Man hatte das bei diesem temperatmentvollen Volk, das erstmalig seit Jahrzehnten mit einer gewissen selbständigen Entscheidungsmöglichkeit zur Wahlurne ging, kaum erwartet. Nicht zuletzt die hohe Wahlbeteiligung zeigt auch, daß in den langen Jahren

der stalinistischen Diktatur und nationalsozialistischen Besetzung das politische Denken der breitesten Volksschichten nicht etwa verkümmerte, sondern weit eher einen Reifeprozess durchgemacht hat. Die Polen entschieden sich für das Prinzip, gerade aus einer miserablen Situation das Beste zu machen.

Noch wäre es verfrüht zu sagen, daß der künftige Sejm keine Stalinisten mehr aufweisen wird. Nicht verfrüht aber ist die Feststellung, daß neben den nationalkommunistischen Gomulka-Leuten auch Unabhängige und Nichtkommunisten ins Parlament einziehen werden, wie es tatsächlich in keinem anderen Lande des Ostblocks der Fall ist. Diese Nichtkommunisten werden die Klugheit aufbringen müssen, die Regierung Gomulka nicht nur zu tolerieren, sondern auch so mit ihr zusammenzuarbeiten, daß Moskau keine Gründe zur Einmischung konstruieren kann.

Renten-Reform verabschiedet

Bonn (AP). Die Rentenschlacht des Bundestages ist beendet. Die bis zur letzten Minute heißumkämpften Gesetze zur Neugestaltung der Sozialversicherung wurden in der Nacht zum Dienstag in dritter Lesung in namentlicher Abstimmung mit 398 gegen 32 Stimmen bei zehn Enthaltungen verabschiedet.

Die Nein-Stimmen und Stimmenthaltungen in der dritten Lesung kamen aus den Reihen der FDP, DP und FVP.

Das Gesetz tritt nach Zustimmung des Bundesrats mit Wirkung vom 1. 1. 1957 in Kraft. Die auf 14 v.H. (je zur Hälfte Arbeitgeber und Arbeitnehmer) festgesetzten erhöhten Beitragssätze sowie die neuen Bestimmungen über die Versicherungspflicht und Versicherungsfreiheit (also z.B. bis 1250 DM Monatseinkommen für die Angestellten) gelten erst vom ersten Tage des auf die Verkündung dieses Gesetzes folgenden Monats an.

In 45 Stunden um die Erde

Nonstop-Flug amerikanischer Düsenbomber — 840 km/st

Washington (AP/DPA). Nach einem Nonstop-Flug rund um die Erde sind drei amerikanische Düsenbomber vom Typ B-52 in Los Angeles gelandet. Die Düsenflugzeuge befanden sich 45 Stunden in der Luft.

Ihre Durchschnittsgeschwindigkeit während des einmaligen Rekordfluges betrug 840 Stundenkilometer, die gesamte Strecke 39 150 Kilometer.

Die Flugzeuge, die von acht Düsenantrieben angetrieben werden, wurden während des Fluges mehrmals in der Luft aufgetankt. Ihre Route führte von der amerikanischen Westküste über die USA nach Nordafrika, über den Atlantik nach Marokko, Saudi-Arabien, Indien, Ceylon, Malaya, Philippinen, Guam und schließlich über den Pazifischen Ozean zum Ausgangspunkt zurück.

Über dem Chinesischen Meer unternahm die Flugzeuge einen Schein-Bombenangriff. Die Luftstreitkräfte erklärten hierzu, dieses Manöver habe die Fähigkeit der US-Luftwaffe unterstrichen, jedes Ziel auf der Erde anzufliegen und anzugreifen.

Die Düsenbomber benötigten weniger als die Hälfte der Zeit, in der US-Bomber mit Propellerantrieb 1949 zum erstenmal die Erde ohne Zwischenlandung umflogen.

Sohn Reimann im Westen

Aus einem Krankenhaus geflüchtet?

Berlin (Eigenmeldung). Der Westberliner Polizei stellte sich Josef Reimann, der 30jährige Sohn aus erster Ehe des in Ostberlin lebenden Ersten Sekretärs der verbotenen KPD, Max Reimann. Josef Reimann, der als Wehrmachtangehöriger bei Kriegsende in sowjetische Gefangenschaft geriet, wurde im März 1949 von den Sowjets entlassen und auf einer sowjetischen Schule für Angehörige der damaligen westdeutschen FDJ einer militärischen Ausbildung unterzogen. Ein halbes Jahr später flüchtete er zu seiner Mutter nach Westfalen und sagte sich öffentlich von seinem Vater los. Trotzdem kehrte er auf dessen Veranlas-

sung nach einem Berlin-Besuch in die Sowjetzone zurück und arbeitete eine Zeitlang in einem Betrieb als FDJ-Sekretär. 1950 wurde er verhaftet und gab seit dieser Zeit Nachricht aus verschiedenen Haftanstalten und Zuchthäusern der Zone. In Westberlin erklärte er jetzt, er sei aus einem Krankenhaus, in dem er Haft erleichterung genoß, geflohen.

Die amerikanischen Behörden bestätigten offiziell die Flucht. In einer amerikanischen Verlautbarung heißt es, daß US-Behörden mit Josef Reimann gesprochen hätten. Reimann habe den Wunsch geäußert, in das Bundesgebiet gebracht zu werden.

So sind sie wirklich:

„Mit Thälmann wäre das alles anders . . .“

Mit einer Erklärung über „Die Schriftsteller und die Politik“, in der er die Unversöhnlichkeit des Klassenstandpunktes und die Absage an den „Antistalinismus“ unterstrich, verärgerte dieser Tage einer der prominentesten sowjetzonalen Dichturfürsten seine davon weniger überzeugten Kollegen: Willi Bredele — der Mann, der sich als „Thälmanns bester Freund“ bezeichnet . . .

Bredele ist der Zonenöffentlichkeit als maßgeblicher Autor des „Thälmann-Films“ eher bekannt als durch seine Bücher, die zwar zur ersten Reihe der Parteiliteratur gehören, aber in ihrer spezifischen Art für den Nichtkommunisten nur schwer verständlich sind. Der am 2. Mai 1901 geborene Sohn eines Hamburger Zigarrenarbeiters hat auf der Schiffswerft von Blohm & Voß das Dreherhandwerk und die Grundbegriffe des Marxismus kennengelernt. Bereits als 16jähriger kam er hier mit den späteren Führern der deutschen KP in Berührung und stieß als einer der jüngsten „Aktiven“ 1917 zum Spartakusbund. Auf der Wanderschaft durch Deutschland, Österreich und Italien lernte er die Nachkriegsprobleme dieser Länder kennen und schloß sich danach endgültig den Kommunisten an. Von dem die Macht antretenden Mussolini aus Italien ausgewiesen, nahm er zusammen mit Thälmann am Hamburger Aufstand von 1923 teil und wurde als einer der Rädelsführer zu zwei Jahren Haft verurteilt. Thälmann holte ihn nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis an die „Bremer Arbeiterzeitung“ und später an das „Essener Ruhrecho“. Nach ersten literarischen Arbeiten ging Bredele wieder auf die Wanderschaft. Auf See, in Afrika, Spanien und Portugal begann er sich von den Problemen seiner Heimat zu entfernen, sah er den Kampf Thälmanns aus einer idealistischen Perspektive. Diese Einstellung drückt sich in vielen seiner Bücher aus.

„Für die Zelle geboren . . .“

Als er 1929 wegen literarischen Landes- und Hochverrates er-

WILLI BREDELE



neut zu zwei Jahren Festung verurteilt wurde, sagte er vor Gericht: „Lassen Sie nur, ich bin für die Zelle geboren! Dort überlege ich mir, wieviel Zellen ich später einmal werde bauen helfen, um euch alle dort hinein zu kriegen!“ 1933 erneut verhaftet, kam er in das KZ Fuhlsbüttel, von wo aus ihm die abenteuerliche Flucht nach Prag gelang. 1935 übersiedelte er nach Moskau. Dort geriet er in den Bannkreis des schon damals erstarrenden sowjetischen Schriftstellerverbandes. 1937 fuhr er nach Valencia, um am Internationalen Schriftsteller-Kongreß der Kommunisten teilzunehmen und blieb anschließend als Kommissar beim rotspanischen Thälmann-Bataillon. Im Gegensatz zu seinem dort kämpfenden Kollegen Ludwig Renn stellte er sich vorbehaltlos auf die Seite der Moskauer Tschechisten, die hinter der Front ihre

Chefredakteur geflüchtet

Berlin (AP). Der Chefredakteur der in Dresden erscheinenden national-demokratischen Zeitung „Sächsische Neueste Nachrichten“, Walter Ulbrich, ist nach Westberlin geflüchtet und hat zum Wochenende um seine Anerkennung als politischer Flüchtling ersucht. Ulbrich ist nach seinen Angaben aus politischen Gründen seines Postens enthoben worden und befürchtete seine Verhaftung durch den Staatssicherheitsdienst.

blutigen „Säuberungsaktionen“ begannen.

In dieser Zeit endet die geistige Beweglichkeit des einst revolutionären Arbeiterliteraten. Er verläßt Spanien, läßt die in Frankreich hungernden Mitkämpfer im Stich und flieht nach Moskau, wo man ihm einen triumphalen Empfang bereitet. Im Elfenbeinturm der Moskauer Hotels entstehen seine Kampfschriften gegen Hitler, später, als Kommentator eines Frontsenders, vermag er sich den deutschen Soldaten kaum noch verständlich zu machen. Bredele ist „Sowjetdichter“ geworden . . .

„Alles muß anders werden!“

Im Mai 1945 kehrt er als einer der ersten Emigranten in die fast vergessene Heimat zurück. „Es muß alles anders werden!“ verspricht er auf einer ersten Versammlung in Berlin -Prenzlauer Berg. „Wir haben das Rezept gegen Not und Elend gefunden . . .“ In Schwerin beginnt er das satte Leben des neuen ostdeutschen Kulturfunktionärs. Private Dinge bringen ihn zeitweilig mit der Partei auseinander. Als Chefredakteur der Zeitschrift „Heute und Morgen“ setzt er sich in das unechte Licht eines Halboppositionellen Altkommunisten: „Ja, wenn wir Thälmann noch hätten!“ Eine Villa in Berlin (1949) und ein „Nationalpreis“ (1950) stopfen ihm den Mund. 1952 führt er als Chefredakteur der „Neuen Deutschen Literatur“ das wohl stalinistischste Regiment unter seinen sowjetzonalen Kollegen. Wieder ist 1954 ein 100 000-Ostmark-Nationalpreis der Lohn. 1955 erhält er den Vaterländischen Verdienstorden aus der Hand von Wilhelm Pieck. Thälmann ist vergessen. Nur einen Film wird er noch über ihn drehen lassen. 1956 kommt er mit riesigem Propagandaaufwand in zwei Monstre-Teilen heraus. Heute lebt er, satt und müde, in einer herrlichen Villa, zuweilen schreibt er eine Novelle für die Parteipresse, ansonsten sonnt er sich im Ruhme der Vergangenheit. Ein Revolutionär des Negativen, von der eigenen Idee korrumpiert. . . .

Hat die SED nur 90000 Mann?

Die GST, das „Krümpersystem“ und einiges zum Nachdenken

In diesen Tagen geht man in der Bundesrepublik an die Realisierung der vom Bundestag beschlossenen Landesverteidigung und an die ersten Musterungen für die Bundeswehr. In der SED-Presse wird diese Maßnahme begleitet von Zweckmeldungen über „Expansionsabsichten der neuen westdeutschen Wehrmacht“, über „wachsenden Widerstand gegen eine Zwangsrekrutierung“ und — mit Hinweisen auf die „nur 90 000 Mann zählende Nationale Volksarmee“. Gerade der letzte Punkt wird als propagandistischer Trumpf ausgespielt und ist daher einer besonderen Beachtung wert. Hat die SED tatsächlich nur die 90 000 Mann der „Nationalen Volksarmee“ (eine Zahl, die nebenbei bemerkt die Bundeswehr noch lange nicht besitzt) oder verschweigt die SED vielleicht etwas, über das sie nicht diskutieren möchte?

Gehen wir den Dingen auf den Grund: 1. Am 30. 6. 1956 wurde die Stärke der Zonenarmee mit offiziell 120 000 Mann ausgewiesen. Nach einem Beschluß des Sowjetzonen - Ministerrates vom gleichen Datum sollte diese Kampfstärke um 30 000 Mann verringert werden. Nach im Westen bekanntgewordenen Zahlen wurden bis Jahresbeginn jedoch nur 8200 Mann demobilisiert, während rund 8000 Militärpersonen neu rekrutiert worden sind. Somit dürfte die Stärke der Zonenarmee zur Zeit noch immer rund 120 000 Mann betragen. Dazu kommen jedoch rund 22 000 Mann Bereitschaftstruppen des SSD, die 45 000 Mann starke „Grenzpolizei“ und eine 8500 Mann starke „Transportpolizei“, Einheiten ausgesprochen militärisch - infanteristischen Charakters, SSD- und Grenztruppen dazu mit Panzerunterstützung. Weiter gibt es rund 15 000 Mann kasernierte Bereitschaften des sowjetzonalen Innenministeriums. Sieht man also von den 75 000 Mann legale „Volkspolizei“ ab, beträgt die tatsächliche Stärke der sowjetzonalen bewaffneten Macht gegenwärtig rund 210 000 Mann. Das ist eine recht beachtliche Zahl und dürfte sich mit den offiziellen Angaben über eine 90 000-Mann-Armee nur schlecht vertragen.

Es wird „gekrümpert“

Aber die Rechnung ist damit noch lange nicht abgeschlossen. Da gibt es eine „Gesellschaft für Sport und Technik“ (GST), über deren Existenz man heute weniger hört als beispielsweise vor dem oben zitierten „Demobilisierungs“-Beschuß. Diese vormilitärische Organisation hat heute bereits eine Mitgliederstärke von 225 000 Jugendlichen und Er-

wachsenen. Rechnet man davon jene ab, die der GST nur notgedrungen oder ohne sonderliche Aktivität angehören, bleiben etwa 100 000 militärisch ausgebildete Zivilpersonen, von denen etwa 40 000 als militärische Ausbilder oder „ständig einsetzbare Miliz-Angehörige“ anzusprechen sind. Und hier wird nun „gekrümpert“. Alte Militärs kennen diesen Ausdruck aus der Zeit der Weimarer Republik, als Teile des 100 000-Mann-Heeres durch laufende Ausmusterungen und Neu-Einberufungen bei gleichbleibender Soll-Stärke etwa die doppelte Anzahl von Soldaten einer militärischen Ausbildung unterzogen. GST und „Nationale Volksarmee“ arbeiten nach dem gleichen System. Monat für Monat verlassen zahlreiche Mannschaften und Unteroffiziere die Zonenarmee, um als Ausbilder zur GST oder in die „Betriebskampfgruppen“ der SED überzugehen. Gleichzeitig

Am vergangenen Sonntag marschierten in Ostberlin zur Liebknecht-Luxemburg-Demonstration gemeinsam Einheiten der Armee, der GST und der Kampfgruppen auf. Während die zivilen Gruppen überhaupt nicht mehr auseinanderzuhalten waren, unterschieden sich Militär und Milizen lediglich durch die Uniform. Die Bewaffnung der GST und der Kampfgruppen ist heute vielfach die gleiche wie die infanteristischer Verbände. Man besitzt Maschinengewehre, MPI, Handgranaten, Panzerabwehrwaffen, Nachrichtenausrüstung und Motorisierung und untersteht einem zentral gesteuerten Befehlsapparat. Ist das noch „harmlos“, wie manche

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2. Druck: W. Buxenstein, GmbH.

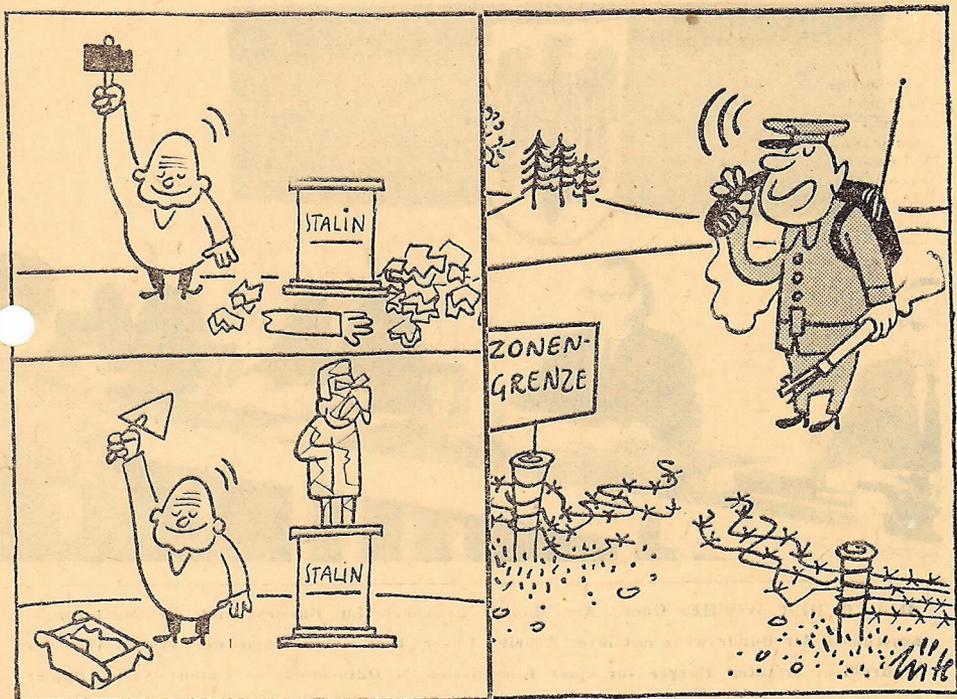
wecheln dort tätige Zivilpersonen für ein bis drei Jahre zur Armee über, um eine gründliche Unterführer- oder Offiziersausbildung zu erhalten. Auf diese Weise erhält die SED eine kaum schätzbare Zahl militärisch jederzeit verfügbarer Reservisten und kann sich so den kostspieligen Apparat eines großen, stehenden Berufsheeres sparen.

Es liegt auf der Hand, daß sich derartige Methoden in einer Demokratie nicht praktizieren lassen.

Ist das „harmlos“?

meinen, die auf die bei Demonstrationen ungeladenen Maschinengewehrpistolen der Milizionäre hinweisen?

Die GST vor allem ist heute die Kadenschmiede der sowjetzonalen Armee. Ihre Funktionäre werden vielfach gleich mit Unterführer-Rang in die Armee überführt, ein 17jähriger lernt in der GST mitunter das gleiche Pensum wie ein 18- oder 19jähriger Armee-Rekrut auf dem Kasernenhof. Diese Tatsachen aber sind die einzig mögliche Diskussionsgrundlage für eine Auseinandersetzung über Abrüstung und Reduzierung der Streitkräfte. Sie zu verlegen, käme der Selbstaufgabe gleich.



Die Wandlung des Nikita Chruschtschow „Bitte Genossen Kommissar Meldung machen zu dürfen: Absetz-Bewegung erfolgreich durchgeführt!“

Kindertränen für die Propaganda

Seit einigen Wochen treffen in Thüringischen und mecklenburgischen Erholungsheimen Transporte ungarischer Kinder ein, die — wie es heißt — zum Teil ihre Angehörigen beim Volksaufstand verloren haben. Allein in diesem Monat werden rund 2500 solcher Jungen und Mädchen in die Sowjetzone gebracht. Pfleger des sowjetzonalen „Roten Kreuzes“, die diese Kinder auf dem Transport begleiten durften, berichten darüber Einzelheiten, die von der SED-Presse wohlweislich verschwiegen werden.

So handelt es sich bei einem Teil dieser Kinder um bei den schweren Kämpfen von ihren

Eltern getrennte und an den Sammelstellen eingelieferte Jugendliche, deren Väter und Mütter inzwischen längst wieder an ihren Heimatort zurückgekehrt sind. Andere wurden während der Schlacht um Budapest von den Sowjets mit Lastwagen aus der Stadt geschafft, ohne Nachforschungen nach dem Schicksal der Eltern anzustellen. In zwei großen Sammelagern Nordungarns wurden diese Kinder über Prag auf die Reise in die Sowjetzone geschickt. In allen diesen Fällen besteht keine Verbindung zwischen den Eltern und ihren Kindern. Das Schicksal der Verschleppten aber liefert den SED-Journalisten

Schlagzeilen wie: „Ihre Eltern wurden von den Faschisten ermordet!“ Es ist das gleiche Drama, wie wir es vor einigen Jahren mit den griechischen Kindern und den angeblichen „Waisen“ aus Südkorea erlebten.

Die zweite Gruppe, die nach Berichten der Beobachter von der ersten streng getrennt gehalten wird, besteht aus Kindern kommunistischer Funktionäre, denen das Regime Kadar die kommende Hungerszeit in Ungarn ersparen will. Ihnen gehören die schönsten Heime in Bansin und Bad Schandau, sie haben auch Aussicht, bald zurückzukehren. Mit den Tränen der übrigen aber — deren Schicksal noch niemand kennt — macht die SED unterdessen Propaganda...



BILDER DER WOCHE. Oben: Am Montag begannen im Bundesgebiet die Musterungsausschüsse der Bundeswehr mit ihrer Arbeit. Unser Bild zeigt einen der ersten von der Wehrpflicht erfaßten Bürger vor einer Kommission in Düsseldorf. — Unten: Soviel Papier benötigten die Abgeordneten als Unterlagen für die große „Rentenschlacht“ im Bundestag. Die Bundeshausdruckerei mußte das Material auf vierrädrigen Handkarren ins Parlament transportieren.

